„Das Parlament ist kein Jagdrevier“

Der scheidende Bundestagspräsident Norbert Lammert warnt die AfD davor, in den nächsten Jahren nur auf Provokationen zu setzen

Vor seiner Reise zur Einheitsfeier nach Mainz trat der noch amtierende Bundestagspräsident bei der europäisch-südamerikanischen Sicherheitskonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro auf. Es war Lammerts erster offizieller Auftritt nach der Bundestagswahl. Und anschließend nutzte der CDU-Politiker das Gespräch mit der WELT, um vor dem Verlust der parlamentarischen Kultur in Deutschland zu warnen.

VON TOBIAS KÄUFER
AUS RIO DE JANEIRO

MARTIN U. K. LENGEMANN

Nicht zu klein, nicht zu groß: Norbert Lammert hält einen Bundestag mit 600 Abgeordneten für ideal

DIE WELT: Herr Lammert, in Kürze endet Ihre Zeit als Bundestagspräsident. Im neuen Parlament stehen nun mit sieben vertretenen Parteien, darunter die AfD, turbulente Zeiten an. Bereuen Sie Ihre Entscheidung, nicht noch einmal angetreten zu sein?

NORBERT LAMMERT: Ich kann in meiner politischen Biografie auf die Erfahrung eines aufgeblähten Parlaments mit einer fast hundertköpfigen rechtspopulistischen Truppe gut verzichten. Die Entscheidung, nicht erneut für den Bundestag zu kandidieren, ist zu einem Zeitpunkt gefallen, als diese Entwicklung noch gar nicht absehbar war. Mein Entschluss ist über einen langen Zeitraum gereift.

Sie sprechen die enorme Größe des Bundestages an, in dem künftig 709 Abgeordnete sitzen werden. Würden nicht auch 500 Parlamentarier ausreichen?

Nein. Ich habe der populären Empfehlung zur Verkleinerung des Bundestages immer genauso energisch widersprochen, wie ich vor der wundersamen Vermehrung in einer vorher nicht kalkulierbaren Größenordnung gewarnt habe. Ich glaube, dass wir mit den rund 600 Abgeordneten, die das Wahlrecht vorsieht, die richtige Dimensionierung für die verfassungsmäßigen Aufgaben unseres Parlamentes haben.

Zugleich führt das Wahlrecht mit seinen Ausgleichsmechanismen am Ende zu einer deutlich höheren Mandatszahl, wie wir jetzt erleben. Warum halten Sie 700 für zu viel und 500 für zu wenig?

Was häufig übersehen wird, ist, dass ein Parlament eine Regierung nicht nur ins Amt heben, sondern anschließend auch kontrollieren soll. Die Bundesregierung ist über ihre Ministerien und Behörden mit einigen Zehntausend hochprofessionellen Spezialisten für alle möglichen Arbeitsbereiche ausgestattet. Ihr muss ein Parlament mit einer arbeitsteiligen Struktur gegenüberstehen, um seiner Kontrollfunktion gewachsen zu sein. Ich will doch mal darauf aufmerksam machen, dass das britische Parlament 650 Mitglieder hat, bei einer Einwohnerzahl von 60 Millionen. Das französische und das italienische Parlament zählen je 600 Mitglieder, beide Länder haben jeweils 20 Millionen Einwohner weniger als Deutschland. Wenn es hierzulande also bei 600 Abgeordneten bliebe, wäre das nach meiner Überzeugung schon in Ordnung und vernünftig.

Zu den neuen Abgeordneten wird auch Frauke Petry gehören. Die Schließung der Wahllokale lag noch keine 24 Stunden zurück, da hat sie erklärt, sie werde der AfD-Bundestagsfraktion nicht angehören. Was bedeutet das für die demokratische Kultur, wenn eine Mandatsträgerin die Geschäftsgrundlage ihrer Wahl so schnell fallen lässt?

Dieser Vorgang ist in der Parlamentsgeschichte beispiellos. Wir haben zwar immer wieder Austritte aus Fraktionen erlebt, und die müssen auch möglich sein, wenn es eine dauerhafte Diskrepanz zwischen den eigenen Überzeugungen und denen der bisherigen Partei- oder Fraktionsgemeinschaft gibt. Aber dass eine Parteivorsitzende der eigenen Fraktion nicht beitritt und dann auch noch keinen Zweifel daran lässt, dass diese Entscheidung lange vor der Wahl gereift sei, offenbart ein zynisches Verhältnis zu politischen Mandaten.

Ihr Nachfolger wird voraussichtlich Wolfgang Schäuble heißen. Welchen Ratschlag geben Sie ihrem Parteifreund für das Amt mit auf den Weg?

Es gibt im Deutschen Bundestag niemanden, der über längere parlamentarische Erfahrung verfügt als Wolfgang Schäuble und der zudem noch fast alle einschlägigen Spitzenposten innehatte. Er braucht daher keine öffentlichen Empfehlungen für seine Amtsführung. Wolfgang Schäuble und ich werden sicher auch über ein paar der Erfahrungen reden, die ich gemacht habe. Dass im Übrigen jeder Parlamentspräsident – wie jeder Regierungschef und jeder Minister auch – mit seiner Handschrift das jeweilige Amt prägt, finde ich ebenso unvermeidlich wie wünschenswert.

Die Parteien debattieren, wie mit der Wahl eines Vertreters der AfD zum Bundestagsvizepräsidenten umgegangen werden soll. In der Vergangenheit gab es da unschöne Szenen. Zum Beispiel den Fall Lothar Bisky, dessen Wahl im Oktober 2005 als Vertreter der Linkspartei wegen seiner mutmaßlichen Stasi-Vergangenheit scheiterte. Sollen die Parlamentarier einen AfD-Politiker zum Vizepräsidenten wählen?

Für die Zukunft wie für die Vergangenheit gilt, dass das Parlament selbst entscheidet, von wem es repräsentiert werden will. Die Fraktionen benennen nicht Präsidenten und Vizepräsidenten, sondern sie schlagen Kandidaten vor. Aber ihre Wahl obliegt dem Parlament.

Welchen Umgang mit der AfD schlagen sie generell vor?

Erste und oberste Einsicht muss sein, dass Wahlen nicht stattfinden, um etablierte Parteien in ihrer Bedeutung zu bestätigen, sondern um Wählerinnen und Wählern die Gelegenheit zu geben, in regelmäßigen Abständen zu entscheiden, von wem sie vertreten sein wollen. Von diesem Recht haben die Wählerinnen und Wähler nun Gebrauch gemacht. Ob einem die jetzige Mandatsverteilung gefällt oder nicht – sie ist die in freien Wahlen zustande gekommene Vertretung des deutschen Volkes. Das zu respektieren, erwarte ich von jedem, der sich innerhalb und außerhalb des Parlaments damit auseinandersetzt. Umgekehrt muss man von allen Abgeordneten erwarten können, ihr Mandat so ernst zu nehmen, wie es die Wählerinnen und Wähler erwarten. Das erfordert eine sprachliche Disziplin in der Debatte, die die Bedeutung eines Parlamentes erkennen lässt und nicht Provokationen anstelle von Kooperationen setzt. Um einen aktuellen Anknüpfungspunkt zu verwenden: Ein Parlament ist kein Jagdrevier.

Ihre Partei hat bei den Bundestagswahlen erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Was bedeutet das für die CDU?

Das Wahlergebnis ist für alle Parteien Anlass, sich sorgfältig mit den erkennbaren Veränderungen in den Erwartungshaltungen von Wählerinnen und Wählern zu beschäftigen. Dabei zeigen Erhebungen, dass das, was die Wählerinnen und Wähler insgesamt erwarten, sich im Einzelnen oft wechselseitig ausschließt. Die eigentlich anspruchsvolle Aufgabe von Politik besteht also darin, für die großen Aufgaben, die es national und international gibt, nicht schlicht abzuliefern, was Volkes Wille zu sein scheint, sondern überzeugende Antworten zu entwickeln, für die man Mehrheiten gewinnen muss. Letzteres ist offensichtlich in der jüngeren Vergangenheit nicht genügend gelungen.

Bundeskanzlerin Merkel wird nachgesagt, mit Kritikern in den eigenen Reihen recht harsch umzugehen. Erwarten sie in den nächsten vier Jahren eine offenere Debatte?

Alle diejenigen, die sich intensivere Auseinandersetzungen in der jeweils eigenen Partei oder im Parlament wünschen, haben alle Möglichkeiten, die unsere Verfassung bietet, solche Debatten anzuzetteln. Das Vortragen von Beschwerden gegenüber Dritten ist eine etwas zu preiswerte Ausflucht vor diesem beklagten Zustand.

Die CSU will nun erst einmal Sondierungsgespräche mit der CDU führen. Was sagt das über das Verhältnis innerhalb der Unionsfamilie aus?

Dass nach dem Wahlergebnis die CSU mindestens so viel Grund zum Nachdenken hat wie der CDU-Teil der Unionsfamilie, ist ja evident. Folglich kann ich schwerlich einen Vorwurf daraus machen, wenn Betroffene sich jetzt mal einen Augenblick sortieren wollen. Die Koalitionsgespräche, die nach jetziger Lage zwischen Union, FDP und Grünen stattfinden werden, werden sicher noch komplizierter sein als vor vier Jahren. Dass der größere Partner, nämlich die Union, möglichst nicht in zwei Versionen auftritt, sollte eigentlich im Interesse aller liegen. Man hat es im Leben immer lieber einfach als kompliziert, aber wenn es kompliziert ist, wird es nicht dadurch besser, dass man es für einfacher erklärt, als es wirklich ist.

Jens Spahn ist als neuer Generalsekretär der CDU im Gespräch. Wie stehen Sie dazu und wem in der Union wünschen sie künftig eine stärkere Rolle?

Diese Spekulation sortiere ich zunächst mal in die schöne Tradition der Luftballons ein, die Journalisten gerne steigen lassen in der leider allzu oft begründeten Erwartung, dass irgendeiner diesen Ballon platzen lässt oder ihn zusätzlich aufbläst. Für beides bin ich ein ungeeigneter Adressat.

Sie haben in Ihrer Abschiedsrede die Befürchtung geäußert, im neuen Bundestag könnten die demokratischen Gepflogenheiten unter die Räder kommen. Was haben Sie damit gemeint?

Für mich gehört zu den ermutigenden Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass ich nirgendwo in Europa eine so ausgeprägte Konsenskultur wie in Deutschland beobachtet habe. Damit meine ich, bei großen Herausforderungen die Solidarität der Demokraten für noch wichtiger zu halten als den typischen Konkurrenzreflex der Parteien. Für mich ist das eine der erstaunlichsten und bedeutendsten Unterschiede des deutschen Parlamentarismus gegenüber anderen Parlamenten innerhalb und außerhalb Europas. Wir in Deutschland schaffen es, dass bei einem Thema wie Griechenland oder Flüchtlinge nach harten kontroversen Auseinandersetzungen am Ende breite parlamentarische Mehrheiten zugunsten der Regierungsposition entstehen, die noch über die Stimmen hinausgehen, über die die Koalition ohnehin verfügt. Es gibt also einen Konsens der demokratischen Parteien, denen es gelingt, nach harten Diskussionen sich auf eine Kompromissposition zu verständigen. Dafür zahlen wir aber auch einen hohen Preis. Wir befördern die Ambitionen einer alternativen politischen Gruppierung, die behauptet, ein wesentlicher Teil dessen, was die Bevölkerung bewege, komme im Parlament gar nicht vor. Ich habe nicht die Befürchtung, dass diese Konsenskultur verloren geht, sondern ich möchte ausdrücklich dazu ermutigen, dass das bewahrt bleibt und die demokratischen Parteien auch weiterhin versuchen, bei den ganz großen politischen Herausforderungen in einer offenen, lebhaften Debatte über mögliche Alternativen am Ende eine gemeinsame Linie zu finden.

Steinmeier stellt Bedingungen fürs Deutschsein

Bundespräsident spricht zum Tag der Einheit im Mainzer Dom: Bleibende Verantwortung für die Geschichte Deutschlands ist nicht verhandelbar

Für Angela Merkel begannen die neun heikelsten Minuten an diesem 3. Oktober, dem 27. Geburtstag des vereinten Deutschlands, um kurz nach elf. Gerade hatte der ökumenische Gottesdienst im Mainzer Dom geendet, und die Kanzlerin marschierte zum nächsten Programmpunkt, dem „Bad in der Menge“ auf dem Marktplatz. Demonstrativ trug Merkel eine heitere, aufgeräumte Miene. Doch dahinter dürfte sich Anspannung verborgen haben: Würde sie, sämtliche Spitzen des Staates an ihrer Seite, an diesem Tag der Einheit erneut beschimpft werden wie 2016 in Dresden?

VON HANNELORE CROLLY
AUS MAINZ

Im vergangenen Oktober hatten Pegida-Anhänger die Stimmung derart aufgeheizt, dass eine Minister-Gattin beim Rundgang durch die aufgebrachte Menge sogar in Tränen ausbrach. „Volksverräter“ und „Haut ab“ hatten hasserfüllte Demonstranten skandiert, vor allem aber: „Merkel muss weg“. Einen dunkelhäutigen Mann auf dem Weg zum Gottesdienst belegten Pöbler mit „Abschieben“-Rufen. Dass sich solche Szenen wiederholen, noch dazu so kurz nach dem Wahlerfolg der AfD, wollte der diesjährige Fest-Gastgeber Mainz unbedingt verhindern.

Im Viertel nach elf war klar: Das ist gelungen – allerdings um den Preis, dass die Menge, in der Angela Merkel und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier badeten, in der sie knapp zehn Minuten lang Selfies machten, Kinderköpfe tätschelten und Hände schüttelten, handverlesen war wie eine Statistentruppe im Schauspielhaus.

Steinmeier hatte zu diesem Zeitpunkt seine heikelsten Minuten weiterhin vor sich. Denn bei ihm lag das Hauptaugenmerk nicht wie bei Merkel auf dem Empfang durch die Bürger, sondern auf der ersten Rede, die der ehemalige Außenminister als Bundespräsident zum Tag der deutschen Einheit halten würde.

Seit Februar schon ist Steinmeier im Amt, doch aufgefallen ist das bisher kaum. Zwar hetzt der 61-Jährige, der seine SPD-Parteimitgliedschaft derzeit ruhen lässt, um überparteilicher Präsident zu sein, eifrig durch die Lande, als sei er weiter deutscher Chefdiplomat. Er macht Antrittsbesuche in den Bundesländern und im Ausland, empfängt Staatsoberhäupter im Schloss Bellevue, hält Ansprachen und telefoniert durch die ganze Welt. Doch auf eine programmatische Positionierung, die signalisiert, mit welchen Schwerpunkten er seine Amtszeit gestalten möchte, wartet die Republik auch nach mehr als 200 Tagen vergeblich. Er wolle den Bundestagswahlkampf nicht beeinflussen, hieß es aus Steinmeiers Umfeld bisher. Doch die Wahl ist nun überstanden. Nun will die Republik wissen, welchen Kurs das Staatsoberhaupt einschlagen will in diesen Zeiten.

Vorgänger Joachim Gauck hatte die Freiheit zu seinem großen Thema gemacht, von Christian Wulff ist trotz dessen Glücklosigkeit immerhin der Satz vom Islam, der zu Deutschland gehört, in Erinnerung geblieben: Er hatte sich der Integration verschrieben. Was wird Steinmeiers Spielfeld sein?

Offenbar ein in diesen Tagen naheliegendes Thema: das der deutschen Einheit, die Risse bekommen hat, der Mauern, die 28 Jahre nach dem Mauerfall wieder neu entstehen, der Spaltung, die der Gesellschaft droht. Und dem Versuch einer Standortsbestimmung, was es überhaupt bedeutet, deutsch zu sein – oder zu werden: „Eines ist nicht verhandelbar in dieser deutschen Demokratie: das Bekenntnis zu unserer Geschichte, einer Geschichte, die für nachwachsende Generationen zwar nicht persönliche Schuld, aber bleibende Verantwortung bedeutet.“

REUTERS / KAI PFAFFENBACH

Der Präsident des Verfassungsgerichts Andreas Vosskuhle mit seiner Frau Eva, Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier mit seiner Frau Elke Büdenbender, Gertrud und Norbert Lammert, Malu Dreyer und ihr Mann Klaus Jensen in Mainz (v. l.)

Zum Deutschsein gehöre eine Absage an jedes völkische Denken, Rassismus und Antisemitismus, die Verantwortung für die Sicherheit Israels. Und zum Deutschwerden, dass diese Geschichte anerkannt und angenommen werde. „Das sage ich auch denen, die aus Osteuropa, Afrika oder den muslimisch geprägten Regionen des Mittleren Ostens zu uns gekommen sind: Wer in Deutschland Heimat sucht, kann nicht sagen: ‚Das ist eure Geschichte, nicht meine.‘“ Nicht alle, die sich von den etablierten Parteien abgewendet hätten, seien Feinde der Demokratie, sagte Steinmeier. „Aber sie alle fehlen der Demokratie.“ Deshalb dürfe es kein „Abhaken und weiter so“ geben. Steinmeier verwies auf begrenzte Möglichkeiten zur Aufnahme von Flüchtlingen und forderte eine Unterscheidung zwischen Flucht aus Gründen der politischen Verfolgung und Armutsmigration. Es gehe darum, „die Wirklichkeit der Welt und die Möglichkeiten unseres Landes übereinzubringen“.

Zwar vermied es Steinmeier sorgfältig, einen Riss zwischen Ost und West zu diagnostizieren, lieber sprach er von „Mauern zwischen unseren Lebenswelten: zwischen Stadt und Land, online und offline, Arm und Reich, Alt und Jung – Mauern, hinter denen der eine vom anderen kaum noch etwas mitbekommt.“ Aber es klang durchaus wie eine Reaktion auf die Erfolge der AfD, die besonders viele Stimmen im Osten holte, als er konstatierte: Die „Mauern aus Entfremdung, Enttäuschung oder Wut“ seien bei manchen so fest geworden, dass Argumente nicht mehr durchdrängen. „Hinter diesen Mauern wird tiefes Misstrauen geschürt, gegenüber der Demokratie und ihren Repräsentanten.“

Doch was tun? Solche Befunde allein genügen nicht mehr, ebenso wenig wie Appelle – niemand weiß das besser als der Tischlersohn und ehemalige Strippenzieher im Bundeskanzleramt, über den der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) einmal gesagt hat: „Sollte ich morgen mit dem Hubschrauber runterfallen, lasst einfach Frank-Walter weiterregieren, der kann das.“ Der Prädikatsjurist hat mehr politische Erfahrung als die meisten Bundespräsidenten vor ihm, er kann bei jedem Thema mitreden, bei Nato oder Brexit, bei Problemen mit der Türkei oder dem Länderfinanzausgleich. Und doch: In die Rolle des obersten Kümmerers um die Demokratie, die der Bundespräsident als erster Mann im Staat einzunehmen hat, muss Steinmeier noch hineinwachsen.